

# Inhaltsverzeichnis

<b>A) Einleitung .....</b>	<b>1</b>
----------------------------	----------

<b>B) Gang der Untersuchung .....</b>	<b>3</b>
---------------------------------------	----------

<b>Erstes Kapitel: „Rahmen“ eines Umsatzsteuerinsolvenzrechts .....</b>	<b>5</b>
---	----------

<b>A) Historischer Querschnitt der gesetzlichen Entwicklung .....</b>	<b>5</b>
I. Die Konkursordnung .....	5
II. Das Umsatzsteuerrecht ab 1918 bis zur europäischen Harmonisierung .....	8
1. Das UStG 1918/1919 .....	8
2. Reformen bis 1967 .....	8
3. Europäische Harmonisierung .....	9
III. Das ehemalige gesetzliche Fiskusprivileg in § 61 Abs. 1 Nr. 2 KO ...	11
1. Motive und Wirkweise .....	11
2. Entwicklung, Kritik und Gesamtzusammenhang zur Konkursordnung .....	12
IV. Die Entstehung und Wirkung der Insolvenzordnung und Reformen und Reformvorhaben mit Auswirkungen auf das Umsatzsteuerrecht .....	14
1. Grundzüge der Insolvenzrechtsreform .....	14
2. Umsatzsteuerliche Implikationen im Zuge der Insolvenzrechtsreform .....	16
V. Neuere Reformen und Reformvorhaben zur Behandlung der Umsatzsteuer in der Insolvenz .....	19
1. InsO, UStG und AO als Einbruchstellen gesetzgeberischer Korrekturen .....	19
2. § 55 Abs. 4 InsO .....	26
a) Entscheidungshorizont des Gesetzgebers .....	26
b) Parlamentarischer Werdegang .....	28

VI.	Geringes Interesse des Gesetzgebers an der normativen Gemengelage zwischen Konkurs- bzw. Insolvenz- und Umsatzsteuerrecht.....	29
B)	Einführung in die einfachgesetzlichen Mechanismen zur Realisierung von Umsatzsteuer in der Insolvenz .....	31
I.	Insolvenzrechtliche Prämissen.....	32
II.	Prüfungsmethodik.....	35
III.	Beurteilung positiver Besteuerungsgrundlagen im Insolvenzrecht.....	36
IV.	Beurteilung negativer Besteuerungsgrundlagen im Insolvenzrecht.....	38
V.	Beurteilung der umsatzsteuerrechtlichen Zwangsverrechnung im Insolvenzrecht .....	39
VI.	Zusammenfassung .....	41
C)	Auswirkungen von Insolvenzen auf das Umsatzsteueraufkommen .....	42
I.	Umsatzsteuersystematisch bedingte Ausfallrisiken.....	44
II.	Beispielszenario .....	46
1.	Sachverhalt .....	46
2.	Auswertung.....	46
III.	Stellungnahme .....	46
D)	Vermögensrechtliche Zuordnung der Umsatzsteuer im Insolvenzverfahren .....	47
I.	Inhaltsbestimmung des Gläubigergleichbehandlungsgrundsatzes...48	
II.	Der umsatzsteuerliche Belastungsgrund .....	49
III.	Die Umsatzsteuer als Treugut .....	52
1.	Typologie von Treuhandverhältnissen .....	53
a)	Vielgestaltigkeit .....	53
b)	Keine Präjudizien aus dem öffentlichen Recht .....	53
2.	Konkretisierung eines Treuhandverhältnisses mit Blick auf die Umsatzsteuer .....	54
a)	Abgrenzung zwischen eigen- und fremdnützigem Charakter .....	54
b)	Abgrenzung zwischen echter und unechter Verwaltungstreuhand.....	55

3.	Anwendung eines fremdnützigen unechten Verwaltungstreuhandverhältnisses auf die Beziehung zwischen Fiskus und leistungserbringendem Unternehmer.....	56
a)	Vorbemerkung.....	56
b)	Umsatzsteuersystematische Erwägungen zu einer Vergleichbarkeitsprüfung .....	57
c)	Vereinbarkeit mit gegenwärtiger positiv- normativer Ausgestaltung .....	61
d)	Notwendigkeit einer Modifikation durch das europäische Beihilfenverbot .....	65
aa)	Zuwendungskomponente vor dem Hintergrund der umsatzsteuerrechtlichen Gegenläufigkeit von Zahlungsströmen und dem umsatzsteuerrechtlichen Neutralitätsgebot.....	66
bb)	„Zuwendung“ bei Insolvenz des Steuerschuldners? .....	67
cc)	Telos des Beihilfenrechts im Lichte der Gesamtvollstreckung .....	70
e)	Notwendigkeit einer Modifikation wegen Verstoßes gegen den unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatz.....	72
4.	Stellungnahme.....	73
E)	Vom Grundsatz „Insolvenzrecht geht vor Steuerrecht“ .....	75
I.	Systematische Ausgangslage der Rechtskreise .....	75
II.	Herleitung.....	76
III.	Gebot eines formellen Anwendungsvorrangs.....	77
F)	Verfassungsrechtliche Grundwertungen eines Umsatzsteuerinsolvenzrechts.....	80
I.	Rechtsstellung der beteiligten Akteure.....	80
II.	Umsatzsteuerrechtliche Vollzugsbelastungsgleichheit im Spannungsverhältnis der insolvenzrechtlichen Verlustgemeinschaft .....	82
1.	Maßstabsbildung im Falle der Insolvenz .....	82
a)	Gesetzliche Ausgangslage.....	82
b)	Der Vollzug des Umsatzsteuerinsolvenzrechts.....	83

2.	Gleichsetzung von mangelnder Verifikation mit mangelnder Aufkommensrealisation .....	85
3.	Intensität der Belastungsungleichheit bei Insolvenz im Umsatzsteuerrecht .....	86
4.	Rechtfertigung eines Defizits im Umsatzsteuervollzug .....	88
III.	Kein verfassungsrechtliches Verbot zur gesetzlichen Einführung einer Treuguteigenschaft der Umsatzsteuer.....	92
1.	Dogmatische Herleitung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung .....	93
a)	Ansichten im Schrifttum.....	93
b)	Eigene Ansicht .....	94
c)	Zusammenfassung.....	99
2.	Insolvenzrechtliche Systemkonsequenz aus Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 14 Abs. 1 GG.....	100
a)	Eingriff in den geschützten Bereich .....	100
b)	Rechtfertigung des Eingriffs.....	101
3.	Zwischenergebnis .....	104
G)	Die Vorschrift des § 55 Abs. 4 InsO .....	104
I.	Tatbestand.....	104
1.	Begründetheit .....	104
2.	Von Verbindlichkeiten des Insolvenzschuldners aus dem Steuerschuldverhältnis.....	105
a)	Erfasste Steuerarten .....	105
b)	Auslegung von „Verbindlichkeiten“ .....	106
aa)	Die Gegenläufigkeit von Ansprüchen im Umsatzsteuerschuldverhältnis.....	107
bb)	Zusammentreffen von positiven Besteuerungsgrundlagen im Rahmen der schwachen vorläufigen Verwaltung gem. § 55 Abs. 4 InsO und solchen, die nicht den Tatbestand auslösen .....	109
cc)	Missglückte Wahl der Begrifflichkeiten .....	111

3.	Von einem vorläufigen Insolvenzverwalter .....	111
a)	Sog. halbstarker vorläufiger Insolvenzverwalter .....	112
b)	Sog. schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter .....	113
4.	Oder vom Schuldner mit Zustimmung eines vorläufigen Insolvenzverwalters .....	114
a)	Einführung in den Problemkreis .....	114
b)	Auslegung des Tatbestandsmerkmals „Zustimmung“ ...	115
aa)	Wahl des Bezugspunktes zwischen Umsatzsteuerverbindlichkeit und Verbindlichkeit aus dem Grundgeschäft .....	115
bb)	Inhaltliche Anforderungen .....	118
5.	Anwendbarkeit auf umsatzsteuerrechtliche Berichtigungstatbestände .....	120
a)	§ 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG .....	120
b)	§ 17 Abs. 1 S. 2 UStG i.V.m. § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 1 UStG .....	122
c)	§ 15a UStG .....	123
aa)	Veräußerung eines Grundstücks .....	124
bb)	Entnahme eines Gegenstands im Sinne des § 3 Abs. 1b Nr. 1 UStG .....	125
d)	Stellungnahme .....	125
6.	Verhältnis von § 55 Abs. 4 InsO zu § 55 Abs. 2 InsO .....	126
II.	Rechtsfolge .....	129
III.	Kritik aus dem Schrifttum .....	129
1.	Darstellung .....	129
2.	Stellungnahme .....	133
a)	Sanierungsfeindlichkeit .....	133
b)	Zwangsgläubigerschaft des Fiskus .....	135
c)	Verstoß gegen den Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung .....	135
aa)	Einfachgesetzliche Betrachtung .....	136
bb)	Vergleich zu Lieferanten <i>privileg</i> .....	137
cc)	Zwischenergebnis .....	138

IV.	Prüfung der Verfassungsmäßigkeit am Maßstab der insolvenzrechtlichen Systemkonsequenz aus Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 14 Abs. 1 GG.....	139
1.	Eingriff in den geschützten Bereich .....	139
2.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	139
a)	Legitimes Ziel, Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	140
b)	Angemessenheit i.e.S. ....	141
aa)	Steuerliche Erwägungen .....	141
bb)	Gläubigereinbußen .....	142
cc)	Systemgerechtigkeit.....	143
dd)	Abwägung der vorangestellten Erwägungen.....	146
3.	Zwischenergebnis .....	149
H)	Thesenförmige Zusammenfassung des Ersten Kapitels .....	150

## **Zweites Kapitel: Das Umsatzsteuerinsolvenzrecht aus der Perspektive des umsatzsteuerrechtlichen Festsetzungsverfahrens unter besonderer Berücksichtigung neuerer Rechtsprechung.....**

A)	Einführung in das Kapitel.....	153
B)	Rückschau bisheriger Rechtsprechung.....	154
I.	Vorbemerkung .....	154
II.	Bisherige Judikatur des V. Senats des BFH und Reflektion .....	155
III.	Bisherige Linie des VII. Senats des BFH und Reflektion .....	161
IV.	Position des XI. Senats des BFH und Reflektion .....	166
V.	Position des IX. Senats des BGH und Reflektion .....	168
C)	Die Positionen des Schrifttums und der Finanzverwaltung bis zum ersten Urteil der Rechtsprechungsserie des V. Senats des BFH.....	172
I.	Unter Geltung der Konkursordnung.....	172
1.	Zu der Auslegung von § 3 KO.....	173
a)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Ausgangsumsätzen.....	173

aa)	Anforderungen bei Ist-Versteuerung .....	174
bb)	Anforderungen bei Soll-Versteuerung.....	175
b)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Umsatzsteuerberichtigungen nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG .....	176
c)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Vorsteuerberichtigungen nach §§ 17 Abs. 1 S. 2 i.V.m. § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG.....	176
d)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Vorsteuerberichtigungen nach § 15a UStG.....	177
2.	Zu der Auslegung von § 58 Nr. 2 bzw. 59 KO.....	177
3.	Zu einer Abkürzung des umsatzsteuerlichen Besteuerungszeitraums.....	178
II.	Unter Geltung der Insolvenzordnung.....	180
1.	Zu der Auslegung von § 38 InsO.....	180
a)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Ausgangsumsätzen.....	180
aa)	Anforderungen bei Ist-Versteuerung .....	180
bb)	Anforderungen bei Soll-Versteuerung.....	182
b)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Umsatzsteuerberichtigungen nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG.....	183
c)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Vorsteuerberichtigungen nach §§ 17 Abs. 1 S. 2 i.V.m. § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG.....	184
d)	Positive Besteuerungsgrundlagen in Form von Vorsteuerberichtigungen nach § 15a UStG.....	184
2.	Zu der Auslegung von § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	185
3.	Zu einer Abkürzung des Besteuerungszeitraums .....	185
D)	Die Rechtsprechungsserie des V. Senats des BFH aus neuerer Zeit .....	185
I.	Urteil vom 29.1.2009 – V R 64/07 – Fall der Ist-Besteuerung bei Leistungserbringung vor und Entgeltvereinnahmung nach der Insolvenzeröffnung.....	186

1.	Darstellung des Tatbestands.....	186
2.	Darstellung der tragenden Gründe.....	187
	a) § 38 InsO und das Tatbestandsmerkmal „begründet“ im Kontext von § 13 Abs. 1 Nr. 1b UStG ....	187
	b) Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO.....	188
3.	Reaktionen des Schrifttums und der Finanzverwaltung.....	189
4.	Eigene Auffassung .....	192
	a) Die insolvenzrechtliche Grundwertung von § 38 InsO und das Tatbestandsmerkmal der Begründetheit im öffentlich-rechtlichen Steuerschuldverhältnis .....	192
	b) Die Voraussetzungen von § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	196
	c) Stellungnahme und Anwendung auf den vorliegenden Fall der umsatzsteuerlichen Ist-Besteuerung .....	197
	aa) Unzulässiges Abstellen auf zivilrechtliche Umstände....	197
	bb) Das Ergebnis des V. Senats des BFH dem Grunde nach: Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit ? .....	198
	cc) Auseinandersetzung mit den Entscheidungsgründen des V. Senats des BFH .....	200
	(1) Der Maßstab zu § 38 InsO.....	200
	(2) Implikation umsatzsteuer-systematischer Wertungen.....	201
	(3) Vergleich zu der unberechtigten Veräußerung eines der Aussonderung unterliegenden Gegenstands.....	202
	(4) Privilegierung des Steuergläubigers.....	202
	(5) Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	203
	(6) Zwischenergebnis.....	204
	dd) Auseinandersetzung mit den Thesen von <i>Schwarz</i> .....	205
	ee) Auseinandersetzung mit den Thesen von <i>Stadie</i> .....	208
5.	Zwischenergebnis .....	211



II.	Urteil vom 9.12.2010 – V R 22/10 – Fall der Soll-Besteuerung bei Leistungserbringung vor und Entgeltvereinnahmung nach Insolvenzeröffnung .....	212
1.	Darstellung des Tatbestands.....	212
2.	Darstellung der tragenden Gründe.....	212
a)	Aufspaltung in Unternehmensteile .....	213
b)	Übergang der Empfangszuständigkeit mit der Folge der rechtlichen Uneinbringlichkeit nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 1 UStG (erste Berichtigung).....	213
c)	Vereinnahmung im Bereich der Insolvenzmasse – § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG (zweite Berichtigung).....	215
3.	Reaktionen des Schrifttums und der Finanzverwaltung.....	215
4.	Reaktionen der übrigen Rechtsprechung.....	221
a)	Finanzgerichte .....	221
b)	XI. Senat des BFH .....	222
c)	VII. Senat des BFH .....	223
5.	Eigene Auffassung .....	224
a)	Die nötigen Grundannahmen zur Konstruktion einer Doppelberichtigung.....	225
aa)	Von einer Trennung in Unternehmensteile und einem Wechsel der Empfangszuständigkeit mit materiellen Rechtsfolgen.....	225
(1)	Verletzung des Grundsatzes der Unternehmenseinheit .....	225
(2)	Übergang der Empfangszuständigkeit.....	227
bb)	Rechtliche Uneinbringlichkeit nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG – erste Berichtigung.....	228
(1)	Mechanismus und Telos der Vorschrift .....	228
(2)	Der inhaltliche Widerspruch zwischen Insolvenzeröffnung und rechtlicher Uneinbringlichkeit der Forderung gegen den Drittschuldner .....	230
(3)	Richtlinienkonforme Auslegung anhand von Art. 90 MwStSystRL.....	233

(4)	Richtiges Verständnis der Fallgruppe .....	235
(5)	Zeitpunkt der Berichtigung.....	236
(6)	Relevanz des Erfordernisses der Besteuerungsgleichheit zwischen den Besteuerungsformen .....	238
(7)	(Keine) Korrespondierende Berichtigung auf Seiten des Leistungsempfängers .....	240
(8)	Zwischenergebnis.....	241
b)	Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO durch zweite Berichtigung gem. § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG .....	243
c)	§ 55 Abs. 4 InsO als mögliche Auslegungshilfe .....	244
d)	Auseinandersetzung mit den Thesen von Wäger.....	248
aa)	Fiskus als absonderungsberechtigter Gläubiger nach § 51 Nr. 1 InsO?.....	248
bb)	Verstoß gegen den Gläubigergleichbehandlungsgrundsatz .....	250
6.	Zwischenergebnis .....	252
III.	Urteil vom 24.11.2011 – V R 13/11 – Abkürzung des Besteuerungszeitraums.....	253
1.	Darstellung des Tatbestands.....	253
2.	Darstellung des für die Untersuchung an dieser Stelle relevanten tragenden Grundes: Anwendung von § 16 Abs. 3 UStG hinsichtlich des vorinsolvenzrechtlichen Unternehmensteils .....	254
3.	Auffassungen des Schrifttums und der Finanzverwaltung .....	255
4.	Eigene Auffassung .....	257
a)	Das konventionelle Verständnis von § 16 Abs. 3 UStG .....	257
b)	Anwendung auf das Besprechungsurteil .....	258
5.	Zwischenergebnis.....	259
IV.	Urteil vom 24.9.2014 – V R 48/13 – Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 4 InsO .....	260

1.	Darstellung des Tatbestands.....	260
2.	Darstellung der tragenden Gründe.....	261
a)	Übergang der Einziehungsbefugnis mit der Folge der rechtlichen Uneinbringlichkeit (erste Berichtigung).....	262
b)	Vereinnahmung im Bereich der Insolvenzmasse – § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG (zweite Berichtigung).....	262
c)	Uneinbringlichkeit von Entgelten bzgl. im Insolvenzeröffnungsverfahren erbrachter oder bezogener Leistungen .....	263
d)	Berichtigung des Vorsteuerabzugs .....	264
3.	Reaktionen des Schrifttums und die Auffassung der Finanzverwaltung .....	264
4.	Eigene Auffassung .....	267
a)	Übergang der Einziehungsbefugnis bei Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters mit Zustimmungsvorbehalt und Recht zum Forderungseinzug und zur Entgegennahme von Geldern mit der Folge rechtlicher Uneinbringlichkeit... ..	267
b)	Begründetheit i.S.v. § 55 Abs. 4 InsO im Zeitpunkt der Entgeltvereinnahmung .....	270
aa)	Rechtliche Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	270
bb)	Die Entgeltvereinnahmung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter.....	272
cc)	Zwischenergebnis.....	274
c)	Annahme rechtlicher Uneinbringlichkeit für während der Phase des Insolvenzeröffnungsverfahrens erbrachter oder bezogener Leistungen .....	275
aa)	Von der zeitpunktbezogenen zu einer zeitraumbezogenen Konstruktion rechtlicher Uneinbringlichkeit .....	276

bb)	Die obsoleete Annahme einer zweiten Berichtigung nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG wegen der Vereinnahmung des Entgelts .....	277
d)	Vorverlagerung des Zeitpunkts der Vorsteuerberichtigung.....	278
V.	Stellungnahme .....	279
E)	Erstreckung der „rechtlichen Uneinbringlichkeit“ auf weitere Fallgruppen .....	283
I.	Starker vorläufiger Insolvenzverwalter .....	283
1.	Insolvenzrechtliche Prämissen .....	283
2.	Zeitpunkt der Bestellung / Beginn des Insolvenzverfahrens .....	284
3.	Zeitraum des Insolvenzverfahrens.....	286
II.	Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt.....	287
1.	Insolvenzrechtliche Prämissen .....	287
2.	Zeitpunkt der Bestellung.....	287
3.	Zeitraum des Insolvenzverfahrens.....	288
III.	Halbstarker vorläufiger Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt und Einzelermächtigung zur Begründung von zivilrechtlichen Geschäften, die zu Umsatzsteuerverbindlichkeiten führen.....	289
1.	Insolvenzrechtliche Prämissen .....	289
2.	Zeitpunkt der Bestellung.....	290
3.	Zeitraum des Insolvenzverfahrens.....	290
IV.	Ganz schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter ohne Zustimmungsvorbehalt .....	291
1.	Insolvenzrechtliche Prämissen .....	291
2.	Zeitpunkt der Bestellung.....	291
3.	Zeitraum des Insolvenzverfahrens.....	293

V.	Eigenverwaltung nach §§ 270 ff. InsO.....	293
1.	Einführung .....	293
2.	Eigenverwaltung im eröffneten Verfahren .....	294
a)	Insolvenzrechtliche Prämissen .....	294
aa)	Stellung des Insolvenzschuldners .....	294
bb)	Stellung des Sachwalters.....	295
cc)	Begründung von Masseverbindlichkeiten .....	296
b)	Zeitpunkt der Anordnung der Eigenverwaltung .....	297
c)	Begründung von Masseverbindlichkeiten bei angeordneter Zustimmungsbefähigung nach § 277 InsO .....	300
3.	Eigenverwaltung im Insolvenzeröffnungsverfahren .....	301
a)	Insolvenzrechtliche Prämissen .....	301
aa)	Begründung von Masseverbindlichkeiten im „Nicht“-Schutzschirmverfahren .....	302
bb)	Begründung von Masseverbindlichkeiten im Schutzschirmverfahren.....	304
b)	Zeitpunkt der Bestellung des vorläufigen Sachwalters .....	304
VI.	Stellungnahme .....	305
F)	Verfassungsrechtlich relevante Überschreitung von richterlichen Auslegungsbefugnissen durch die Rechtsprechung des V. Senats des Bundesfinanzhofs .....	307
I.	Maßstababildung für die Überprüfung fachgerichtlicher Urteile durch das Bundesverfassungsgericht.....	307
1.	Der Richterspruch im Korsett von Gewaltenteilungsgrundsatz und Vorrang des Gesetzes.....	307
2.	Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG – Grenzen fachgerichtlicher Rechtsfortbildung.....	308
3.	Art. 3 Abs. 1 GG als Willkürverbot bei der Auslegung des einfachen Rechts .....	310
4.	Zwischenergebnis.....	311

II.	Anwendung der gefundenen Prüfungsmaßstäbe auf die Berichtigung nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG infolge rechtlicher Uneinbringlichkeit.....	312
1.	Erste Stufe – Verstoß gegen einfaches Recht .....	312
2.	Zweite Stufe – Verfassungsrechtliche Relevanz dessen.....	312
a)	Unzureichende Anwendung der Auslegungscanones....	312
b)	Fehlende Auswertung der diesbezüglichen Auffassungen in der Literatur.....	313
c)	Keine Auseinandersetzung mit verfassungsrechtlich geschützten Gütern der übrigen Gläubiger .....	314
d)	Mangelnde Respektierung der gesetzgeberischen Grundentscheidung.....	315
e)	Würdigung .....	316
III.	Ergebnis.....	317
G)	Abschließende Stellungnahme .....	318
H)	Thesenförmige Zusammenfassung des Zweiten Kapitels .....	319

<b>Drittes Kapitel: Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote und ihr Geltungsbereich im Rahmen der umsatzsteuerlichen Zwangsverrechnung und der Aufrechnung nach § 226 AO.....</b>		<b>323</b>
A)	Einführung in das Kapitel.....	323
B)	Die umsatzsteuerrechtliche Zwangsverrechnung nach § 16 Abs. 2 UStG .....	324
I.	Funktionsweise und Zweck .....	324
II.	Durchbrechung durch insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote.....	325
1.	Einführung .....	325
2.	§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO.....	326
a)	Regelungsmechanismus .....	326
b)	Bisheriger Anwendungsbereich .....	328

c)	Kein verbleibender Anwendungsbereich wegen der Annahme einer „Abkürzung des Besteuerungszeitraums“ mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	330
3.	§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO.....	333
a)	Regelungsmechanismus .....	333
b)	Position des V. Senats des BFH.....	335
aa)	Umsatzsteuerliche Zwangsverrechnung unterliegt nicht den §§ 94 ff. InsO, .....	335
bb)	...und ist mangels gläubigerbenachteiligender Wirkung auch keine anfechtbare Rechtshandlung.....	336
c)	Position der übrigen Rechtsprechung.....	336
d)	Auffassungen des Schrifttums .....	337
e)	Eigene Auffassung .....	339
aa)	Entsprechende Anwendung von § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO auf die umsatzsteuerliche Zwangsverrechnung ....	339
(1)	Die Aufrechnungslage nach den Vorgaben der §§ 387 ff. BGB als Ausgangspunkt .....	340
(2)	Vergleich zum zivilrechtlichen Kontokorrentverhältnis .....	341
(3)	Analogiebildung.....	342
bb)	Gläubigerbenachteiligung trotz umsatzsteuerlicher Neutralität .....	344
(1)	Insolvenzrechtlicher Ausgangspunkt.....	344
(2)	Berücksichtigung umsatzsteuer-systematischer Wertungen.....	345
(3)	Verschlechterung der Befriedigungsaussichten der Insolvenzgläubiger .....	346
cc)	Folgeüberlegung: Kein Eingreifen des Aufrechnungsverbots, aber Anfechtungsmöglichkeit für den Insolvenzverwalter.....	347
(1)	Anfechtbare Rechtshandlung.....	347
(a)	Die Auffassung des IX. Senats des BGH.....	348
(b)	Anknüpfungspunkt .....	351

(2)	Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung .....	353
(3)	Zurechnungszusammenhang zwischen Rechtshandlung und Gläubigerbenachteiligung .....	355
(4)	Spezielle Anfechtungstatbestände, §§ 130, 131 InsO .....	355
(5)	Aufbruch des Saldos mit der Folge der Erstattung von einstweilen verrechneten Guthabensbeträgen .....	358
dd)	Zwischenergebnis .....	358
III.	Einschluss aller Besteuerungsgrundlagen in ihren jeweiligen Unternehmensteil – Gleichlauf von umsatzsteuer- und insolvenzrechtlichen Entstehungszeitpunkten .....	360
1.	Befundaufnahme .....	360
2.	Falsches Verständnis des V. Senats des BFH von §§ 38, 55 InsO bezüglich negativer Besteuerungsgrundlagen .....	363
C)	Die Aufrechnung nach § 226 AO .....	366
I.	Einführung .....	366
II.	§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	367
1.	Rechtsprechungswandel des VII. Senats des BFH .....	367
a)	Schilderung .....	367
b)	Reaktionen des Schrifttums .....	369
c)	Eigene Auffassung .....	370
aa)	Vorsteuerabzug nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG .....	371
bb)	Berichtigung nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG .....	372
cc)	Berichtigung nach § 17 Abs. 1 S. 2 UStG i.V.m. § 17 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 UStG .....	373
2.	Zwischenergebnis .....	374
III.	§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO .....	374
1.	Bisherige Rechtsprechung des VII. Senats des BFH .....	375
2.	Eigene Auffassung .....	376
3.	Adaption der Rechtsprechung des VII. Senats auf diejenige des V. Senats des BFH .....	376
4.	Zwischenergebnis .....	378



D)	Gegenwärtige Verschränkungen des Umsatzsteuer- und Insolvenzrechts .....	378
I.	Unternehmensteil „Insolvenzmasse“ .....	379
II.	Vorinsolvenzrechtlicher Unternehmensteil .....	379
III.	Stellungnahme .....	381
E)	Thesenförmige Zusammenfassung.....	382

## **Viertes Kapitel: Rechtspolitischer Vorschlag zur Neuordnung des Umsatzsteuerinsolvenzrechts .....385**

A)	Einrichtung einer Umsatzsteuersondermasse.....	387
I.	Die Umsatzsteuer als Treugut .....	387
II.	Sondermassen im Allgemeinen.....	388
III.	Anleihe an § 32 DepotG.....	388
IV.	Übertragung der Überlegungen auf eine Umsatzsteuersondermasse .....	390
1.	Aggregation verteilter Masse .....	390
a)	Noch zu vereinnehmende Umsatzsteuerbeträge von Drittschuldern.....	390
b)	Auskehr von Guthabensbeträgen durch das Finanzamt.....	392
2.	Auswirkungen auf das Umsatzsteuerfestsetzungsverfahren.....	393
3.	Abgabe von Voranmeldungen.....	394
4.	Keine Anwendung der insolvenzrechtlichen Aufrechnungsverbote und der insolvenzrechtlichen Anfechtung.....	395
5.	Ausschüttung der aggregierten Umsatzsteuersondermasse.....	396
6.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	396
7.	Vereinbarkeit mit der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie .....	397
8.	Abstimmung zur insolvenzbedingten Beendigung einer umsatzsteuerlichen Organshaft.....	398

V.	Milder und einfacher: Aussonderungsrecht nach § 47 InsO? .....	399
VI.	Vereinfachung in der Abwicklung von Insolvenzen.....	401
VII.	Haftungsrisiken des (vorläufigen) Insolvenzverwalters bzw. (vorläufigen) Sachwalters .....	402
VIII.	Effekte im Hinblick auf die Liquidität der Masse einerseits, und dem Umsatzsteueraufkommen andererseits.....	403
	1. Unter Geltung des vorgeschlagenen Modells.....	403
	2. Im Vergleich zur geltenden Rechtslage.....	403
	3. Im Vergleich zur Rechtslage vor der Rechtsprechungsserie des V. Senats des BFH.....	404
B)	Skizzierung eines Normvorschlags .....	404
C)	Plädoyer .....	406
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>409</b>